

Antrag

der AfD-Fraktion

Bürokratieabbau in der zahnärztlichen Versorgung – Entlastung der Praxen und Förderung der Patientenversorgung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, auf Landesebene folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Bürokratie in der zahnärztlichen Versorgung innerhalb eines klar definierten Zeitrahmens umzusetzen:

1. **Hygienevorgaben vereinfachen**

Validierung und Dokumentation von Wischdesinfektionen bei semikritischen Medizinprodukten abschaffen. Regelmäßige Validierungen von Sterilisatoren und ähnlichen Geräten durch anlassbezogene Prüfungen bei erkannten Defekten ersetzen.

2. **Dokumentationslast verringern**

Den bürokratischen Aufwand bei der Aufbereitung von Medizinprodukten minimieren und Doppelstrukturen, wie separate Hygiene- und Reinigungspläne, zusammenführen.

3. **Entbürokratisierung der Beauftragten-Pflichten**

Unternehmer sollten selbst als Beauftragte in relevanten Bereichen agieren können, wobei Prüf- und Dokumentationspflichten für Kleinstunternehmen entfallen.

4. **Gesetzgeberische Maßnahmen priorisieren**

Bürokratieabbau durch gezielte Anpassung von Vorschriften und Entlastung von Praxen bei nicht notwendigen Kontrollpflichten (beispielsweise durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales – LaGeSo) umsetzen.

Das Ziel ist, mehr Zeit für die Patientenversorgung zu schaffen und die Niederlassung von Zahnärztinnen und Zahnärzten in eigenen Praxen zu fördern. Hierbei soll insbesondere auf die

Vorschläge aus dem Maßnahmenkatalog der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Bundeszahnärztekammer vom Juli 2023 Bezug genommen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2025 zu berichten.

Begründung

Die zahnärztliche Versorgung leidet unter einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand, der wertvolle Ressourcen bindet und die Patientenversorgung erheblich beeinträchtigt. Die zahnärztlichen Berufsverbände, wie die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und die Bundeszahnärztekammer (BZÄK), haben mehrfach darauf hingewiesen, dass besonders die Anforderungen im Bereich der Telematikinfrastruktur, Hygienevorschriften und Dokumentationspflichten eine enorm hohe Belastung darstellen.¹ Dies wurde vor allem durch die Ausführungen der Anzuhörenden, Dr. Heegewaldt (Präsident der ZÄK Berlin) und Dr. Hesseberger (Vorstandsvorsitzender KZBV) deutlich, während einer Anhörung² zum Thema *Bürokratieabbau in der zahnärztlichen Versorgung in Berlin* im Ausschuss für Gesundheit und Pflege im Abgeordnetenhaus am 20.01.2025.

In Berliner Zahnarztpraxen nehmen Verwaltungsaufgaben inzwischen rund 25 % der Arbeitszeit ein. Diese Ineffizienzen reduzieren die Versorgungskapazität drastisch, verschärfen den Fachkräftemangel und machen die ohnehin anspruchsvollen Arbeitsbedingungen in urbanen Regionen wie Berlin noch schwieriger.

Berlin ist als Hauptstadt und Wachstumsmetropole besonders stark von den Auswirkungen des Fachkräftemangels betroffen. Die demografische Entwicklung mit einer alternden Bevölkerung und steigenden Versorgungsbedarfen trifft auf eine begrenzte Zahl zahnärztlicher Fachkräfte. Hinzu kommt der Druck durch eine hohe Anzahl an internationalen Patienten, die in der Stadt leben oder arbeiten. Die Überregulierung schreckt potenziellen Nachwuchs ab und verstärkt den bereits vorhandenen Fachkräftemangel, was gerade in Berliner Kiezen zu einer spürbaren Belastung für die flächendeckende Versorgung führt.

Besonders kleine Praxen in Bezirken wie Marzahn-Hellersdorf oder Neukölln kämpfen mit zusätzlichen Herausforderungen durch redundante Vorgaben. Beispiele wie die parallele Erstellung von Hygiene- und Reinigungsplänen oder verpflichtende Validierungen von Medizinprodukten ohne nachweisbaren Nutzen verursachen nicht nur Kostenverschwendung, sondern führen zu unverhältnismäßigen Belastungen. Diese Maßnahmen erhöhen weder die Sicherheit noch verbessern sie die Versorgungsqualität, sondern fördern eine Misstrauenskultur. Das Vertrauen in gut geschultes Fachpersonal wird durch übermäßige Kontrollmechanismen untergraben, was zu Frustration, Unzufriedenheit und zunehmender Abwanderung aus dem Beruf führt.

Ein weiterer Punkt ist der unverhältnismäßige Aufwand durch umfassende Beauftragten-Pflichten, wie die Bestellung von Datenschutz-, Abfall- oder Brandschutzbeauftragten, der besonders kleine Zahnarztpraxen in Berliner Außenbezirken hart trifft. Die Möglichkeit, diese Aufgaben selbst zu übernehmen, würde eine sofortige und spürbare Entlastung bringen und finanzielle sowie personelle Ressourcen freisetzen.

¹ [Maßnahmenkatalog](#) zum Bürokratieabbau der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und Zahnärztekammern (Juli 2023): „Gemeinsam Bürokratie abbauen! – Vorschläge zum Bürokratieabbau in der zahnärztlichen Versorgung.“

² 48. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege, [Besprechung](#) zum Thema: Bürokratieabbau in der ärztlichen- und zahnärztlichen Versorgung in Berlin – Wie kann Berlin zur Entlastung von ambulant-ärztlichen und -zahnärztlichen Praxen durch Bürokratieabbau beitragen? (auf Antrag der AfD-Fraktion).

Die jahrzehntelange Expertise und die hohen Standards der Zahnmedizin in Berlin und deutschlandweit haben sich bewährt, wie die Coronapandemie gezeigt hat. Zahnarztpraxen in Berlin haben exzellente Hygienepraktiken umgesetzt und ein geringes Infektionsrisiko bewiesen. Angesichts dieser Leistungen sind übermäßige Kontrollmechanismen weder gerechtfertigt noch zielführend. Die Gesetzgebung soll vielmehr eine Vertrauenskultur etablieren, indem unnötige Kontrollmaßnahmen abgebaut und das Fachwissen der Zahnmedizin angemessen gewürdigt werden.

Der Senat ist daher dringend gefordert, gesetzgeberisch tätig zu werden. Es gilt, die Attraktivität der (freiberuflichen) Tätigkeit zu sichern, Bürokratielasten abzubauen und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen – speziell in einer dynamischen und komplexen Stadt wie Berlin – zu verbessern. Durch gezielte Entlastungen können Ineffizienzen reduziert, Kosten eingespart und dringend benötigte personelle Ressourcen wieder dorthin gelenkt werden, wo sie am meisten gebraucht werden: in die direkte Behandlung der Berliner Patienten. Nur so kann die zahnärztliche Versorgung langfristig gesichert und an die steigenden Versorgungsanforderungen unserer Gesellschaft angepasst werden.

Der Senat ist umgehend aufgefordert, die notwendigen politischen Schritte einzuleiten, um die zahnärztliche Versorgung von unnötiger Bürokratie zu befreien und die Praxen nachhaltig zu stärken.

Berlin, den 27. Januar 2025

Dr. Brinker Gläser Ubbelohde
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion